Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1867

17.12.1867 (No. 297)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 17. Dezember.

Nr. 297. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. 1867.

Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl **Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs** vom 9. d. wird den nachbenannten Offizieren die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß ertheilt, die ihnen von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Orden der eisernen Krone annehmen und tragen zu dürfen:

dem Generalleutnant Waag, Gouverneur der Festung Rastatt, für die I. Klasse,

dem Obersten Udo Freiherrn von Laroche, Kommandant der Reiterei, für die II. Klasse, und

dem Major August Hofmann, Kommandant der Pionierabtheilung, für die III. Klasse dieses Ordens.

Durch höchsten Befehl **Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs** wird

dem Oberst Karl von Freydorf, Garnisonskommandant der Residenzstadt Karlsruhe, der Charakter als Generalmajor ertheilt;

Korporal Karl Jägerschmid im Feld-Artillerieregiment und Grenadier Ernst Pielmann im (1.) Leib-Grenadierregiment werden zu Portepeefähnrichen ernannt.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschließung vom 12. d. Mts. gnädigst geruht,

den Geheimen Justizrath Professor Dr. Herrmann in Göttingen, unter Verleihung des Charakters als Geheimer Rath III. Klasse, zum ordentlichen Professor des Kriminalrechts, des Kriminalprozesses, sowie des Kirchenrechts,

ferner mit höchster Entschließung vom gleichen Tag den Geheimen Hofrath und Professor Dr. Renaud zum Geheimen Rath III. Klasse zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Badischer Landtag.

†† **Karlsruhe,** 16. Dez. 45. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Als Regierungskommissäre fungiren: Ministerialpräsident Dr. Jolly und Ministerialrath Rokk.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Berichts des Abg. Turban, den Gesetzentwurf über den Elementarunterricht betreffend.

Der Sekretär zeigt Petitionen von Ettenheim und Engen, die Beschränkung des Weinschanks betreffend, an.

Abg. Gerwig widmet dem verstorbenen frühern Abg. Horn von Hornberg einen ehrenvollen Nachruf, welchem die Kammer durch Erhebung von den Sitzen beipflichtet; dasselbe geschieht, nachdem der Abg. Beck des verstorbenen frühern Abg. Geistlichen Raths Dr. Grieshaber gedacht.

Es beginnt nun die Sonderberathung der §§ 5—13 des auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurfs.

Die §§ 5 und 6 werden ohne Diskussion angenommen.

Zu § 7 wünscht der Abg. Moll den Strich der Worte im ersten Absatz: „sofern an dem Ort — besteht." Er will dadurch bezwecken, daß die Kinder einer bestimmten Konfession auch in die Schule einer andern Konfession geschickt werden können, und stützt sein Verlangen auf die im Kommissionsbericht Seite 31—32 angeführten Gründe. Der Antrag wird vom Abg. Wundt von Heidelberg unterstützt. Die Abgg. Kirsner, Schupp, Beck, Seiz, Mühlhäußer und der Berichterstatter sprechen gegen den Antrag; der Abg. Gerbel ist für denselben. Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 8 schlägt Abg. Mühlhäußer die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs bezüglich der Schülerzahl, welche als Minimum für eine Schule angenommen wird, vor. Es äußern sich über den Antrag die Abgg. Frick, Kirsner, Ministerialpräsident Dr. Jolly, der Abg. Kiefer und der Berichterstatter; sodann wird derselbe verworfen.

Für den § 9 beantragt der Abg. Wundt v. H. folgende Fassung: In Orten, in welchen für einen Konfessionstheil eine eigene Volksschule besteht, kann jeder andere Konfessionstheil, wenn er in drei aufeinanderfolgenden Jahren 50 oder wenigstens eben so viel schulpflichtige Kinder zählt als der erstere, verlangen, daß entweder eine besondere Volksschule seiner Konfession mit den gesetzlichen Beiträgen der politischen Gemeinde und des Staats errichtet oder die bestehende Schule in eine gemischte Schule verwandelt werde. Die Entscheidung hierüber steht der politischen Gemeinde zu. Der Antrag wird von den Abgg. Nicolai, Moll, Rée, Schmezer unterstützt, von den Abgg. Roßhirt, Kiefer, Paravicini, Frick, Schupp, Kirsner und dem Berichterstatter bekämpft, vom Hause abgelehnt.

Zu § 11 wünscht der Abg. Moll, daß die Wiederauflösung der vereinigten Schulen in konfessionell getrennte Volksschulen nur durch eine Mehrheit von ⅔ der Stimmberechtigten aus der Konfessionsgemeinde beschlossen werden könne. Abg. Roßhirt wünscht Wiederherstellung des Regierungsentwurfs. Gegen den Antrag des Abg. Moll wendet sich der Abg. Kiefer. Ministerialpräsident Dr. Jolly erklärt sich mit dem Kommissionsantrag in der vom Moll'schen Antrag berührten Richtung einverstanden; hält aber den Kommissionsvorschlag, wonach der Antrag auf Umwandlung der nach Konfessionen getrennten Schulen in gemischte Schulen dem Gemeinderath zugewiesen ist, während der Regierungsentwurf diesen Antrag an die Uebereinstimmung der sämmtlichen Ortsschulräthe bindet, für bedenklich; weil der Fall vorkommen könne, daß der Gemeinderath einen solchen Antrag stelle, obwohl sämmtliche Ortsschulräthe dagegen seien, was gefährliche Parteiungen und Agitationen in einer Gemeinde im Gefolge haben würde. Der Abg. Mühlhäußer möchte, daß nur durch eine Majorität von ⅔ oder noch besser ¾ der Konfessionsgemeinde die Umwandlung der konfessionellen Schulen in gemischte beschlossen werden könne, und beantragt die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs. Abg. Kiefer vertheidigt den Kommissionsvorschlag; ebenso der Abg. Huffschmid.

Da nach Beendigung des Vortrags dieses Redners die Kammer den Schluß der Debatte beschließt, wird nur noch der Berichterstatter zum Wort zugelassen und der Antrag des Abg. Mühlhäußer verworfen; der Moll'sche Antrag ist nicht unterstützt. Die §§ 12 und 13 werden nach dem Kommissionsantrag angenommen. Die Sitzung wird um ¾1 Uhr unterbrochen und heute Nachmittag 4 Uhr fortgesetzt.

†† **Karlsruhe,** 16. Dez. In der Abendsitzung der Zweiten Kammer wurde die allgemeine Diskussion über die §§ 14 bis 21 (Schulbehörden) des Schulgesetz-Entwurfs zu Ende geführt und mit Einzelberathung dieser Paragraphen begonnen.

Es sprachen über die Schulaufsichts-Behörden die Abgg. Conrad, Schupp, Mühlhäußer, Roßhirt, Lindau, Seiz, Paravicini, Kiefer, Kirsner, Eckhard und der Berichterstatter. Die §§ 14 und 15 sind beim Schluß des Blattes nach der Fassung des Regierungsentwurfs angenommen.

Karlsruhe, 16. Dez. Von dem Hrn. Abg. Lindau geht uns eine „Berichtigung" bezüglich der ihn betreffenden Stelle unseres Berichts über die 44. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer (in Nr. 290 d. Bl.) zu. Hr. Lindau sagt: „In Beziehung auf meine in dieser Sitzung gehaltene Rede wird behauptet: „Redner wirft hier mit den Ausdrücken „Unehrlichkeit und Heuchelei um sich." Ich habe den Ausdruck „Unehrlichkeit" nicht gebraucht, sondern gesagt, „ehrlich, konsequent und offen wäre es ꝛc. ꝛc." Den Ausdruck „Heuchelei" dagegen habe ich in Beziehung auf das System angewendet, welches das Volk glauben mache, es besitze Konfessionsschulen, während ihm nur reine Staatsschulen verbleiben. Ich habe also diesen Ausdruck motivirt und nicht nur mit demselben „um mich geworfen." — Lindau."

Deutschland.

Karlsruhe, 16. Dez. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 58 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des Großh. Ministeriums des Innern: a) Die Zulassung des Feuerassekuranz-Vereins in Altona zum Geschäftsbetrieb im Großherzogthum betreffend. b) Die Ertheilung von Apothekerlicenzen betreffend, und zwar an Ludwig Brouner von Neckargemünd und Friedrich Weickum von Boxberg. 2) Bekanntmachungen des Großh. Handelsministeriums: a) Die Ertheilung von Erfindungspatenten betreffend, und zwar an die HH. Müller u. Kons. in Stuttgart für den von ihnen erfundenen, durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Wasserhebeapparat, genannt Hydroton; an Hrn. Eduard Schlamp, Chemiker von Nierstein, für eine von ihm erfundene sogenannte Desinfektionsseife; an die HH. Cementfabrikanten Gebrüder Leube in Ulm für die von ihnen erfundenen künstlichen Quadersteine als Unterlager für Eisenbahnschienen; an Hrn. W. Legler, Techniker in Offenburg, für den von ihm erfundenen selbstwirkenden Mechanismus zur Bewegung dreier übereinanderliegenden Walzen an Papier-Satinirmaschinen; an Hrn. Samuel Golay, Müller und Mechaniker in Paris, für die von ihm erfundene Schärfmaschine für Mühlsteine, wie solche durch Beschreibung und Zeichnung nachgewiesen ist. b) Die Aufhebung der Großh. Poststallmeistereidienste in Säckingen und Waldshut betreffend. 3) Bekanntmachungen des Großh. Finanzministeriums. a) Die Serienziehung für die 88. Gewinnziehung des Lotterieanlehens von 14 Millionen Gulden in 35-Gulden-Loosen vom Jahr 1845 betreffend. b) Die Tilgung des auf 3½prozentige Obligationen aufgenommenen Eisenbahn-Anlehens vom Jahr 1842 betreffend.

II. Diensterledigungen. Die Stelle des Bezirksarztes in Walldürn; die Notariatsdistrikte Wertheim I. und Hüfingen.

III. Todesfälle. Gestorben sind: Am 5. Juni d. J. Dr. E. Armann, pensionirter Geh. Hofrath in Wertheim; am 11. Aug. M. Engeßer, pensionirter Amtsrevisor in Konstanz; am 14. Aug. K. Schumacher, kath. Pfarrer in Bollschweil; am 22. Aug. Chr. Fr. Barck, pensionirter Expeditor in Karlsruhe; am 28. Aug. Dr. K. J. A. Mittermaier, Geh. Rath und ord. Professor an der Universität Heidelberg; am 3. Sept. F. Engler, quiesc. kath. Pfarrer von Eschbach; am 7. Sept. Fr. Frhr. v. Stengel, Stadtdirektor in Wertheim; am 15. Sept. Fr. Weingärtner, kath. Pfarrer in Appenweier; am 16. Sept. K. Rivola, pensionirter Postoffizial in Rastatt; am 26. Sept. W. Ott, kath. Pfarrer in Oberried; am 30. Sept. Dr. J. E. Engeßer, Geh. Rath II. Klasse, kath. Pfarrer in Mundelfingen; am 2. Okt. Dr. K. Fr. Baurittel, ord. Professor an der Universität Freiburg.

○ **Stuttgart,** 15. Dez. In der Zweiten Kammer ist die Einzelberathung der Gerichtsorganisation begonnen und bis Art. 4 erledigt worden. Wir erhalten demnach laut Art. 1 Ortsgerichte, Oberamtsgerichte, Kreisgerichte, Schwurgerichte und das Obertribunal. Laut Art. 2 sollen die Geschäfte der bisherigen Handelsgerichte an die Oberamtsgerichte (bezw. Kreisgerichte) übergehen, wogegen aber von Seite des Handelsstandes verschiedene Eingaben vorliegen, die um Beibehaltung der Handelsgerichte bitten. Art. 4 bestimmt die Zusammensetzung der Oberamtsgerichte wie folgt: 2 oder mehrere gelehrte Richter, Schöffen und Gerichtszeugen für Strafsachen.

Augsburg, 14. Dez. Nach der offiziösen Berliner Korrespondenz der „Allgem. Ztg." ist die Nichtbeschickung der Konferenz von Seiten Italiens nunmehr außer allem Zweifel. Preußen dürfte es für nothwendig erachten, über die Behandlung der neuesten Phase der Konferenz mit den anderen Großmächten eine Verständigung zu suchen.

München, 14. Dez. Die Kammer der Abgeordneten hat gestern die Berathung des Wehrgesetzes fortgesetzt, und einen Antrag, welcher in Absicht hatte, die Verwendung der künftigen Landwehr auf bestimmte Fälle zu beschränken, abgelehnt. Der Antrag des Abg. Thürmayer, für die Infanteristen zweijährige Präsenzzeit festzustellen, wird verworfen und dagegen beschlossen, die Präsenzdauer nach der Ausbildungsbedürftigkeit innerhalb der dreijährigen Dienstzeit zu bemessen. Das Kontingentsgesetz und die Budgetrechte werden dabei als hinlängliche Schranken für einen etwaigen Mißbrauch erachtet. Nach der in der Kammer vorwaltenden Stimmung steht die Annahme des Wehrgesetz-Entwurfs mit mehr als Dreiviertels-Majorität zu erwarten. — In der gestrigen Sitzung wurden der Kammer vorgelegt Gesetzentwürfe über die provisorische Forterhebung der Steuern und eine bessere Versorgung der Invaliden, Unteroffiziere, Soldaten und ihrer Relikten. Ein Gesetzentwurf über das Eisenbahn-Netz wurde baldigst vorzulegen versprochen. Die Kammer hat beschlossen, daß die Offizierspensionirung gesetzlich zu regeln sei.

Greiz, 10. Dez. (Nat.-Ztg.) Gestern wurde der hiesige Landtag von dem Fürsten in Person eröffnet. Derselbe bemerkte in seiner Anrede:

Zuvörderst habe Ich Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung für die Feststellung des Haushaltplans für die laufende Finanzperiode in Anspruch zu nehmen. Der Eintritt in diese Periode erfolgt gleichzeitig mit dem Uebergang in das neue Verhältniß, welches für das Fürstenthum durch die Errichtung des Norddeutschen Bundes geschaffen worden ist, und er wird dadurch insofern erschwert, als das Bundesverhältniß zunächst Verpflichtungen auferlegt, welche die Kräfte des Landes in ungewöhnlicher Weise in Anspruch nehmen. Größere Anstrengungen für den finanziellen Bedarf des Landes sind daher unerläßlich, und sie haben zum Theil schon auferlegt werden müssen; doch werde ich stets auf eine Art der Beschaffung Bedacht nehmen lassen, welche Meine getreuen Unterthanen vor Ueberlastungen bewahrt. Diese Rücksicht ist bei der Aufstellung des Etats für die laufende Finanzperiode maßgebend gewesen, und ich hoffe im Vertrauen auf Ihre Loyalität und Einsicht, daß auch Sie bei Ihrer desfallsigen Berathung sich ebensowohl von gewissenhafter Erkenntniß bestehender Verpflichtungen als von dem Wohlwollen für die Verpflichteten leiten lassen werden. Die zweite Hauptaufgabe des berufenen Landtags besteht vorzüglich in der Herbeiführung tief eingreifender Umgestaltungen in der Gewerbeverfassung und im Gebiet der Rechtspflege und der Verwaltung, wie solche den Anforderungen der Gegenwart und der Stellung entsprechen, welche das Fürstenthum unter den Bundesstaaten einzunehmen berufen ist. Die desfallsigen Vorlagen, zu deren Mittheilung Ich Meine Regierung ermächtigt habe, werden Ihnen Zeugniß geben, daß Ich mit Ernst und Entschiedenheit für den Ausbau und die Verwirklichung der von Mir verliehenen Verfassung eintrete.

Schwerin, 15. Dez. Wie aus Sternberg mitgetheilt wird, ist die Modifikation des mecklenburgisch-französischen Handelsvertrags genehmigt und der betreffende Vertrag in Paris unterzeichnet worden. Hiermit ist das Hinderniß für den Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein beseitigt. In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde eine landesherrliche Antwort in der Steuerfrage verlesen, welche bedingslose Bewilligung der Kosten für den Norddeutschen Bund fordert. Die Ritterschaft genehmigte die Bewilligung pure; die Landschaft bewilligte die Kosten unter Hinzufügung der Bitte, daß bei den Steuerveranlagungen kein steuerpflichtiger Gegenstand ausgeschlossen werde.

Berlin, 13. Dez. (Fr. J.) Das Haus der Abgeordneten wird den von der Staatsregierung für die neuen

Provinzen getroffenen Verwaltungseinrichtungen nicht so ohne Weiteres seine Genehmigung ertheilen. Dahin gehört zunächst die Frage, ob es durchaus nöthig sei, daß in den Herzogthümern Schleswig und Holstein zwei Regierungen, in Kiel und in Schleswig, bestehen. Auf liberaler Seite, die national-liberale Partei eingeschlossen, ist man überzeugt, daß eine solche Nothwendigkeit nicht vorliege, und daß nach den Verhältnissen und der Bevölkerung der Herzogthümer ein Regierungskollegium mit einem Oberpräsidenten und einem Vizepräsidenten vollkommen genüge. Auch mit der von der Regierung beabsichtigten Errichtung von sechs Bezirks-Hauptkassen in der Provinz Hannover wird das Haus der Abgeordneten schwerlich einverstanden sein. Die geforderte Summe wird man zwar bewilligen, jedoch nicht als Etatspositionen, sondern lediglich als Pauschquantum, um sich in dieser Weise in Bezug auf die spätere definitive Einrichtung freie Hand vorzubehalten. Ein darauf gerichteter Antrag des Abg. Twesten liegt ebenfalls bereits vor, und ist man der Meinung, daß die Hälfte der betreffenden Stellen sich später wohl als ausreichend erweisen dürfte. — Zu den die Ausgaben für Frankfurt a. M. betreffenden Posten ist von dem Abg. Virchow nachstehender Antrag gestellt worden:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: der einstweiligen Einstellung der auf dem Etat des Finanzministeriums verausgabten 6830 Thlr. Zuschuß der Staatsdiener-Wittwen- und Waisenanstalt in Frankfurt und 580,100 Thlr. zur Verzinsung und Tilgung der Schulden der vormals freien Stadt Frankfurt unter dem Vorbehalt zuzustimmen, daß 1) die wegen Trennung des städtischen vom Staatshaushalt in Frankfurt zu treffende Anordnung demnächst dem Abgeordnetenhause zur Genehmigung vorgelegt werde, und daß 2) falls nach definitiver Feststellung des Schuldenwesens der Stadt Frankfurt von dieser die erwähnten Summen zum Theil zu übernehmen sein würden, auch für das Jahr 1868 die einstweilen aus der Staatskasse gezahlten Beträge dieser zu erstatten sein würden.

Der Abg. Lesse hat den Antrag gestellt: Die königl. Staatsregierung aufzufordern, an mehreren preußischen Universitäten, mindestens aber an der Universität zu Berlin, die Errichtung eines besondern Lehrstuhls für Handelsrecht herbeizuführen. Abg. Braun (Wiesbaden) hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung aufzufordern: 1) die Taxe für die Jagd- oder Waffenscheine demnächst auf dem Weg der Gesetzgebung für die ganze Monarchie gleichmäßig zu regeln, 2) jedenfalls aber den Ertrag der Taxe da, wo er gegenwärtig in die Staatskasse fließt, schon jetzt der Kasse des betreffenden Gemeinde- oder des sonstigen Lokalverbands zuzuwenden.

Berlin, 14. Dez. (Köln. Ztg.) Die Masse des von dem Landtag zu bewältigenden Materials hat sich so gehäuft, daß die Aussicht auf einen Schluß Anfang Januars vollständig verschwunden ist und die Session aller Wahrscheinlichkeit nach bis Ende Januar dauert. Von einem Zusammentritt des Zollparlaments im Januar kann daher schon mit Rücksicht auf die lange Dauer des Landtags keine Rede sein. Vielleicht wird es aber auch nicht einmal im Februar, sondern erst im März 1868 einberufen werden können. Einestheils sind nämlich einige der Südstaaten noch mit ihren Wahlgesetzen im Rückstand, und wenn die Wahlgesetze auch mit dem Landtag vereinbart und publizirt sind, so wird alsdann immer noch einige Zeit zur Vorbereitung der Wahlen erfordert. Anderntheils aber sind die Verhandlungen mit Frankreich, welche ihren Schwerpunkt haben in der Frage des Weinzolles und der auf Grund einer Verständigung hierüber herbeizuführenden Freigebung Mecklenburgs von jenem Vertrag, den es in einer mindestens unbesonnenen Weise zur Erschwerung seines Beitritts zum Zollverein mit Frankreich eingegangen, immer noch zu keinem Abschluß gediehen. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Oesterreich aber, welche im Uebrigen ein für die wirthschaftlichen Interessen beider Theile günstiges Resultat versprechen, hängt von der vorherigen Abmachung mit Frankreich in Betreff des Weinzolles ab. Die Verhandlungen mit Spanien versprechen ein baldiges Ergebniß, so daß dieser Vertrag auch schon dem nächsten Zollparlament wird vorgelegt werden können. Auch hofft man auf weitere Tarifreformen, welche mit den Handelsverträgen in keinem direkten Zusammenhang stehen, z. B. Freigebung von Reis.

Berlin, 14. Dez. 16. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Dez.

Der Präsident v. Forckenbeck verliest den von der Staatsregierung mitgetheilten Vertrag zwischen dem König von Preußen und dem Herzog von Koburg, betreffend die Cedirung des Schmalkalder Forstes.

Das Haus tritt in die Tagesordnung: Vorberathung des Etats des Finanzministeriums. Die letzte Sitzung wurde vertagt bei den Abstimmungen über die Gehaltserhöhungen für die höheren Beamten, speziell für 10 Ministerialdirektoren, die bisher je 4000 Thlr. Gehalt erhielten und für welche je 500 Thlr. mehr gefordert werden. Die Abstimmung durch Aufstehen bleibt zweifelhaft, es erfolgte daher Zählung. Dieselbe ergibt 173 für, 163 Stimmen gegen die Erhöhung. Abg. Runge beantragt Namensaufruf. Hiebei wird die Erhöhung mit 189 gegen 185 Stimmen genehmigt. Die Gehaltserhöhung für zwei Ministerialdirektoren, von je 3500 auf 4000 Thlr., wird mit großer Majorität angenommen. Die gleiche Gehaltserhöhung von 3500 auf 4000 Thlr. für den Direktor der Hauptverwaltung der Staatsschulden wird abgelehnt. Abgelehnt werden ferner in einzelnen Abstimmungen folgende Ansätze: 1) für 1 Geh. Kabinetsrath Erhöhung von 4000 auf 4500 Thlr.; 2) für den Präsidenten des evang. Oberkirchenraths Erhöhung von 4000 auf 4500 Thlr.; 3) für 3 Vizepräsidenten des Obertribunals Erhöhung von 3500 auf 4000 Thlr.; 4) für den Generalstaatsanwalt des Obertribunals Erhöhung von 3500 auf 4000 Thlr.; endlich 5) für 2 Direktoren der Oberrechnungskammer Erhöhung von 3000 auf 3300 Thlr. Es werden hierauf sämmtliche Titel des Besoldungsetats für die Zentralfinanzverwaltung des Finanzministeriums für 1868 ohne weitere Debatte genehmigt.

Zu Kapitel IV, Passiva der General-Staatskasse, Renten und Entschädigungen an Fürsten und Standesherren für abgetretene Rechte und Besitzungen fordert der Abg. Virchow die Nichtbewilligung der an den Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein zu zahlenden Rente von 1000 Thlr., so lange als der mit dem Fürsten abgeschlossene und durch Königl. Verordnung vom 24. Mai 1867 bestätigte Vertrag die Zustimmung der Landesvertretung nicht gefunden hat. Der Regierungskommissär Mölle bittet, diese alte Streitfrage, ein Ueberbleibsel des alten Konflikts, begraben sein zu lassen und den Antrag Virchow nicht anzunehmen. Abg. Eberty unterstützt den Abg. Virchow in der Bekämpfung der Aeußerungen des Regierungkommissärs. Abg. Twesten hält den Antrag für gerechtfertigt; es erscheine hier eine neue Rente auf dem Etat, die durch den Vertrag erst gerechtfertigt werden muß. Frhr. v. Patow: Durch die abgeschlossenen Verträge sind Interessen des preußischen Staats nicht verletzt. Die Regierung hat nur gethan, wozu sie bevollmächtigt war, und das muß das Haus anerkennen. Abg. Lasker: Darum eben verlangen wir das Vorlegen der Verträge. Zu den Faktoren, welche Gelder aus der Staatskasse zu bewilligen haben, gehört auch das Abgeordnetenhaus. Nach einer kurzen Bemerkung des Frhrn. v. Patow wird die Diskussion geschlossen und der Antrag Virchow angenommen.

Zur Verzinsung und Tilgung der Schulden Frankfurts werden 580,100 Thlr. gefordert. Abg. Dircks hat Nichts gegen Einstellung dieser Summe in den Etat, will aber, daß die wegen Trennung des städtischen vom Staatshaushalt in Frankfurt zu treffende Anordnung dem Abgeordnetenhause zur Genehmigung vorgelegt wird. Einen dahin zielenden Antrag hat der Abg. Virchow gestellt (s. o.), der meint, daß, wie die Sache hier liegt, es nichts Anderes ist, als eine Anleihe zu machen, um den Staatsschatz zu füllen. Reg.-Komm. Mölle: Von einer Zurückzahlung kann nicht die Rede sein. Frhr. v. Patow: Die Kontribution ist auferlegt worden, als Frankfurt noch nicht preußisch war; der Possessor Frankfurts muß also die Schuld des Staats Frankfurt übernehmen. Abg. Virchow: Die Ordnung dieses Verhältnisses ließe sich leicht auf dem Weg der Gesetzgebung herbeiführen. Gegenüber allen Anforderungen aus den neuen Landestheilen hätten wir auch einmal das Recht, vom Weg der Anleihe ab auf den Staatsschatz zu verweisen und nicht Alles auf unsere Kappe zu nehmen. Abg. Kugler: Die vorliegende Schuld ist von Niemand anders eingegangen worden, als von einem preußischen General. Der Antrag Virchow wird angenommen.

Abg. Virchow: Ich habe neulich nicht den Minister, sondern den Gesandten Grafen Platen-Hallermund im Auge gehabt, daher das Mißverständniß zwischen mir und dem Ministerpräsidenten. Die Ausgaben für Wartegelder sind ungeheuer hoch; ich möchte die Regierung doch bitten, mit größerer Sparsamkeit zu Werk zu gehen und die auf Wartegeld stehenden Beamten möglichst wieder zu verwenden. Der Regierungskommissär versichert, daß dies auch geschehe. Abg. Miquel fragt, wie es mit den Wartegeldsätzen nach dem Inkrafttreten der preußischen Verfassung in den neuen Provinzen gehalten werden solle, und wünscht dann dringend, erstens daß nicht mehr so viele Beamte zur Disposition gestellt, und zweitens, daß die Zur-Disposition-Gestellten bald wieder beschäftigt werden möchten. Der Finanzminister: Vor der Einführung der preußischen Verfassung haben für Hannover die alten Sätze Geltung gehabt; nach der Einführung der Verfassung treten die altpreußischen Gesetze in Kraft. Hat ein Beamter den Wunsch, wieder beschäftigt zu werden, so kommen wir ihm gern entgegen; wer nicht will, den lassen wir. Abg. Miquel: Man muß nicht warten, bis jene Herren es wünschen, sondern die Regierung muß es ihnen bieten, und wenn sie dann nicht wollen, so muß man ihnen einfach das Wartegeld wieder entziehen. Der Finanzminister: Ich muß noch bemerken, daß es nicht blos auf den Wunsch des Betreffenden, sondern auch darauf ankommt und ankommen muß, ob die Regierung ihrerseits mit dem Wunsch auch einverstanden sein kann. Abg. v. Hennig empfiehlt dringend, der Sache die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Abgg. Francke, Dr. Bernhardt und Knapp sprechen dieselben Wünsche für Schleswig-Holstein, Hessen und Nassau aus, womit der Gegenstand verlassen wird. Der Präsident zeigt an, daß ihm der Finanzminister den mit dem ehemaligen Kurfürsten von Hessen abgeschlossenen Vertrag nunmehr habe zugehen lassen. Abg. Twesten kritisirt die Verwaltungseinrichtung in den neuen Provinzen, die viel zu weitläufig sei, wie denn auch unsere alten Regierungskollegien der Reform bedürften. Der Minister des Innern bemerkt: er habe nichts Definitives aufstellen, sondern im Gegentheil das Haus hören wollen; mit dem Vorredner stimme er in Vielem überein. (Beifall.) Abg. v. Vincke (Olbendorf): Ueber eine neue Organisation können wir uns aber jetzt nicht verständigen; ich bitte deßhalb, das von der Regierung Geforderte für dieses eine Mal als Pauschquantum zu bewilligen und die definitive Beschlußfassung über die Organisation bis zur nächsten Session vorzubehalten. Abg. Twesten ist damit einverstanden. Fortsetzung der Diskussion am Montag.

◻ **Berlin,** 15. Dez. Se. Maj. der König wird morgen früh in Begleitung der königl. Prinzen und einer Gesellschaft von eingeladenen Gästen sich nach Königs-Wusterhausen begeben, um dort morgen und übermorgen Jagden abzuhalten. Unter den eingeladenen Jagdtheilnehmern befinden sich die Herzoge v. Ujest und v. Ratibor, der Feldmarschall Graf v. Wrangel und der Ministerpräsident Graf Bismarck. Die Rückkehr des Königs nach Berlin erfolgt am Dienstag Abend.

Wie verlautet, wird der Entwurf eines Lehrer-Dotationsgesetzes binnen kurzem beim Landtag eingebracht werden, und zwar in Verbindung mit einem Lehrer-Pensionsgesetz. Beide Vorlagen sollen zunächst dem Herrenhaus zugehen. Dies Haus ist erst wenig beschäftigt und kann also die Berathung derselben rasch fördern. Wahrscheinlich wird die Vorlegung beider Gesetzentwürfe nicht durch den Unterrichtsminister in Person, sondern durch ein anderes Mitglied des Staatsministeriums erfolgen. Der Minister v. Mühler leidet schon seit acht Tagen an einem rheumatischen Uebel, und darf vorerst das Zimmer noch nicht verlassen.

Die kürzlich vom Finanz- und vom Handelsminister beim Abgeordnetenhause eingebrachten Vorlagen zur Abhilfe des Nothstandes in der Provinz Preußen sind aus den Berathungen hervorgegangen, welche unlängst mit den Landtags-Mitgliedern dieser Provinz im Ministerium des Innern abgehalten wurden. Diese Berathungen waren sehr eingehend. Von den dabei in Vorschlag gekommenen Eisenbahn-Anlagen ist bekanntlich dem Plane wegen einer Erbauung einer Bahn von Thorn nach Insterburg der Vorzug gegeben worden. Außer dieser Linie stand besonders noch das Projekt in Frage: aus dem Innern der Provinz, etwa von Hütte, eine Bahn nach Elbing zu erbauen. Für die Förderung des Verkehrs wäre auch letztere Linie von großer Bedeutung gewesen. Die Versammlung entschied sich aber aus mehrfachen Gründen für die Linie Insterburg-Thorn. — Zu den von der Regierung beschlossenen Hilfsmaßregeln für die Provinz Preußen gehört bekanntlich auch die Gewährung von Staatsvorschüssen zum Bau von Kreisstraßen. Bei den Vertretern der Provinz begegnete dies Anerbieten großem Dank, aber auch dem Bedenken, ob die Vorschüsse nicht auf zu kurze Zeit gewährt, und dadurch in Betreff der Rückzahlung sich zu einer Quelle von Verlegenheiten gestalten würden. Dem Vernehmen nach hat die Regierung in dieser Hinsicht die beruhigendsten Versicherungen gegeben.

Die in mehreren Blättern enthaltene Mittheilung, daß die Staatsregierung bereits die Aufhebung der preußischen Lotterie beschlossen habe, ist unrichtig. Ebenso entbehrt die Angabe: der bisherige Zivilkommissär in Hannover, Frhr. v. Hardenberg, sei zum Präsidenten der Regierung in Liegnitz ausersehen, der thatsächlichen Begründung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Dez. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantragte Perger zu der Vorlage über das Staatsschulden-Gesetz folgende Resolution: Der Umstand, daß Ungarn zu den Staatslasten der Verzinsung und Tilgung der allgemeinen Staatsschulden nur einen fixen, unveränderlichen Jahresbeitrag zu leisten erklärt, begründet für die Länder diesseits der Leitha keine neue rechtliche Verbindlichkeit, den ganzen hiedurch unbedeckten Rest des Erfordernisses zu übernehmen. Der Reichsrath behält sich vor, über die Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld nachträglich Beschlüsse zu fassen. Der Finanzminister erklärt, er hoffe für nächstes Jahr 30 Millionen Ersparnisse aus den Jahren 1866 und 1867 übrig zu haben, außer anderen auf Millionen bezifferten Hilfsquellen, so daß vor der Hand keine Verlegenheit zu befürchten sei. Der Finanzminister führt weiter aus, daß es jetzt unmöglich sei, ein detaillirtes Projekt für die Durchführung der Unifikation der Staatsschuld vorzulegen, daß sich aber eine Unifikation mit bedeutenden Vortheilen für den Staatsschatz, und zwar ohne den Staatsgläubigern zu nahe zu treten, denken lasse.

Der Resolution Perger's gegenüber beantragte Berger heute folgende motivirte Tagesordnung: In Erwägung, daß der Staatsschulden-Vertrag mit Ungarn seiner Natur nach nicht bestimmt ist, für die cisleithanischen Länder die Uebernahme einer früher nicht bestandenen Rechtsverbindlichkeit gegenüber den Staatsgläubigern zu begründen, und daß es dieserhalb unnöthig ist, einen bisher keinerseits bestrittenen Satz im Resolutionswege auszusprechen, geht das Haus über die beantragte Resolution zur Tagesordnung über. Der Antrag Berger's wurde mit großer Majorität angenommen. Schließlich fand eine Majoritätsresolution Annahme, dahin lautend: Die Regierung wird aufgefordert, behufs Finanzregulirung dem Reichsrath baldmöglichst Gesetzvorlage zu machen.

Wien, 14. Dez. Abgeordnetenhaus. Das Gesetz über das Zoll- und Handelsbündniß mit Ungarn wurde nach dem Antrag der Kommission fast durchweg mit den von der ungarischen Regierung geforderten Aenderungen definitiv angenommen, nur in § 22 wurde abweichend von dem Antrag der Majorität eine fünfjährige Dauer des Handelsbündnisses genehmigt. Der Reichskanzler brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen bestimmt wird, daß die Verfassungsgesetze mit dem Tage der Publikation im Reichs-Gesetzblatt in Wirksamkeit treten. Die Vorlage wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen. — Die nächste Sitzung ist am Dienstag.

Wien, 15. Dez. Die „Wien. Ztg." veröffentlicht den Vortrag des Unterrichtsministers an den Kaiser über den Erfolg der veranstalteten Unterrichtsausstellung in Paris, wobei auf Oesterreich zwei Preise entfielen. Oesterreich erhielt das Zeugniß des Auslands, daß sein Schulwesen trotz der großen Verschiedenheit der Sprache und der Kultur seiner Volksstämme weit besser sei, als man allgemein geglaubt hatte. Das Augenmerk des Ministeriums werde fortan auf weitere Fortschritte auf diesem Gebiete gerichtet sein und keinen Stillstand dulden behufs umfassenderer vollständigerer Volkserziehung und Volksbildung. Der Kaiser nahm den Vortrag mit Befriedigung entgegen.

Wien, 15. Dez. Die heutige „Presse" erfährt über die Ursachen des letzten serbischen Ministerwechsels, daß die zurückgetretenen Minister Garaschinin und Risticz nicht die Hand bieten wollten, das parlamentarische Regierungssystem in Serbien in ein rein persönliches des Fürsten umzugestalten. — Die „Debatte" erfährt, England habe in Paris dringlich zur direkten Verständigung mit Italien gerathen, während Rußland in der Konferenzfrage plötzlich eine entgegenkommende Haltung angenommen haben soll.

†† **Wien,** 15. Dez. Der neue Botschafter für Rom, Graf Crivelli, ist gestern Abend auf seinen Posten abgegangen. Er reist indeß nicht ohne Aufenthalt, sondern wird zuerst in Mailand, wo seine Gemahlin große Besitzungen hat, und dann in Florenz Halt machen. Wann er demnach seinen Posten wirklich antritt, läßt sich noch nicht bestimmen. Fast scheint es, er sei zunächst nur aus Wien gegangen, um eben nicht mehr in Wien zu sein.

Pesth, 14. Dez. Unterhaus. Fortsetzung der Generaldebatte über das Staatsschulden-Gesetz. Deak sprach in längerer Rede für die Annahme desselben, indem er namentlich hervorhob, daß Ungarn in der Ueberzeugung, seine eigene Kraft sei nicht ausreichend für die Erhaltung des Landes, in dem habsburgischen Hause nicht blos den Herrscher, sondern auch eine Stütze suche. Die pragmatische Sanktion sei nicht nur als ein Gesetz zu ehren, sondern sie sei die Basis eines für Ungarn nothwendigen Bündnisses, um dessentwillen man selbst Opfer bringen müsse. Ungarn würde die öffentliche Meinung Europa's gegen sich aufbringen, wenn es an der Staatsschuld nicht Theil nehmen wollte. Der Beitrag zur Staatsschuld sei eine politische Nothwendigkeit; man könne daher nicht die Forderung erheben, den Beitrag erst decken zu wollen nach Befriedigung der eigenen Bedürfnisse. Nachdem nach Deak noch der Finanzminister gesprochen, wurde

die Sitzung auf morgen vertagt. Die Abstimmung findet morgen bestimmt statt.

Pesth, 13. Dez. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über das Schuldengesetz begonnen. Der Ministerpräsident Andrassy stellt der äußersten Linken vor, sie möge den vorliegenden Gesetzentwurf wie ein ernstes Resultat gesetzlichen Uebereinkommens betrachten; derselbe versichert, Oesterreich wolle den Frieden nach innen und nach außen.

Italien.

Florenz, 13. Dez. Deputirtenkammer. Guerzoni bekämpft das Programm des Ministeriums. Der Justizminister vertheidigt die Haltung der Regierung gegen Garibaldi. Die Expedition war eine Verletzung der Verfassung, der Gesetze, der Erklärungen des Parlaments, und der politischen Konvenienz. Nicht eine Partei, sondern alle Italiener wollen den Fall der weltlichen Macht. Nichtsdestoweniger soll die Lösung der Frage nicht übereilt werden. Redner vertheidigt die Gesetzlichkeit der Verhaftung Garibaldi's; Jene, welche die September-Konvention durch die Bildung der Antibes-Legion verletzt glaubten, hätten gelegentlich im Parlament reklamiren, nicht zur Gewaltsamkeit ihre Zuflucht nehmen sollen. Die Intervention verdanke man auch Demjenigen, welcher provozirt habe.

Florenz, 14. Dez. Deputirtenkammer. Die Diskussion über die Interpellation wird wieder aufgenommen. Mari sagt, daß Alle, die Gesetz und Recht achten, das Verhalten der Regierung billigen würden. Minghetti stützt sich auf die September-Konvention, die das Recht Italiens auf Rom nicht verletze. Coppino, früherer Unterrichtsminister, vertheidigt die Politik des Kabinets Rattazzi. Dies Kabinet habe niemals die Nothwendigkeit der Lösung der römischen Frage in Uebereinstimmung mit den Wünschen Italens geläugnet. Redner weist auch den religiösen Charakter zurück, den die Feinde Italiens der römischen Frage geben wollen, und hält aufrecht, daß die Hauptstadt Rom die Lebensbedingung Italiens sei. Es sei läppisch, die Krönung des nationalen Programms in Uebereinstimmung mit Frankreich zu verlangen.

Florenz, 15. Dez. Menabrea hat eine Depesche nach Paris geschickt, aus Anlaß der Sprache, welche Rouher über den König Viktor Emanuel geführt hat. Eine andere Depesche Menabrea's konstatirt, daß durch die Erklärungen Rouher's die Lage vollständig geändert sei; Italien erwarte Aufklärungen von Frankreich.

Rom, 15. Dez. Der Kardinal d'Andrea ist hieher zurückgekehrt.

Frankreich.

♁ **Paris**, 14. Dez. Der neue Minister des Innern, Hr. Pinard, hat sowohl den Preßbureaus als den nach Paris berufenen Präfekten größte Strenge gegen die in- und ausländische Presse empfohlen. — In mehreren Provinzen Frankreichs (Normandie, Picardie, Nord, Vogesen, Elsaß, Berry) organisiren sich Komitees, um den neu zu wählenden Abgeordneten als Mandatsbedingung die Verpflichtung aufzuerlegen, die Erneuerung des Handelsvertrags mit England unter den dermaligen Bestimmungen zu verhindern. Der Vertrag endet 1869 und muß 15 Monate vor Ablauf erneuert oder gekündigt werden. — Prinz Napoleon ist wieder in Prangins. — Die Besitzer mexikanischer Obligationen erhielten vom Polizeipräfekten die Erlaubniß, morgen im Reiterzirkus eine Versammlung zu halten. Als Präsidenten jedoch hat man ihnen Hrn. v. Laguerronnière oktroyirt. — Die Börse war sehr geschäftslos. Rente 69.62, ital. Anl. 65.80.

Belgien.

Brüssel, 13. Dez. Die Repräsentantenkammer verwarf den Antrag, der die Magistrate in den flamändischen Provinzen zur Erlernung der flamändischen Sprache zwingen soll, mit 54 gegen 40 Stimmen.

Brüssel, 14. Dez. Es bestätigt sich, daß besonders wegen der Konferenzfrage und der Militärreform im Kabinet Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Nach der „Etoile Belge" hätten die Minister Rogier und Frère ihre Demission gegeben.

Levantepost.

Athen, 7. Dez. Der König hat die Häupter aller politischen Parteien zu einer Konferenz berufen. Gerüchtweise verlautet, daß ein Ministerwechsel bevorstehe.

Konstantinopel, 7. Dez. Eine von den Gesandten beinahe sämmtlicher Mächte unterzeichnete Note, welche verlangt, daß auch während der Nachtzeit die Durchfahrt durch die Dardanellen gestattet sei, ist heute der Pforte übergeben worden.

Konstantinopel, 12. Dez. Nachrichten aus Kreta vom 4. berichten, daß die zweite Sitzung der Delegirtenversammlung am 29. Nov. stattfand. Die christlichen und muhamedanischen Delegirten überreichten eine Denkschrift, worin sie dem Sultan ihren Dank aussprachen und sich 6 Konzessionen erbaten, nämlich: Steuerbefreiung für mehrere Jahre, Unterstützung Bedürftiger, Wiederaufbau zerstörter Wohnhäuser, Revision des Steuersystems, Errichtung einer landwirthschaftlichen Bank, Ausbaggerung der kretischen Häfen. Der Großvezir versprach diesen geforderten Konzessionen seine Unterstützung.

Konstantinopel, 14. Dez. Der „Levant Herald" meldet, daß die Pforte wegen der gegenwärtigen Getreidetheuerung auf drei Monate den Einfuhrzoll auf Getreide aufgehoben hat. Demselben Blatt zufolge hat am letzten Montag ein Ministerrath stattgefunden, welcher die von den kandiotischen Delegirten verlangten Konzessionen berathen sollte.

Smyrna, 7. Dez. Der Konsul des Norddeutschen Bundes, v. Bülow, hat seine Funktionen angetreten.

Aus **Odessa** vom 13. Dezember wird gemeldet, Oesterreich und England hätten der Pforte keine neue Note überreicht, sondern Fuad Pascha nur davon Mittheilung gemacht, daß ihre Regierungen den in der Note der vier andern Mächte ausgesprochenen Ansichten und Wünschen beistimmten.

Großbritannien.

London, 14. Dez. Die Explosion beim Gefängniß Klerkewell tödtete 3 und verwundete 36 Personen. Ein mit Pulver gefülltes Faß wurde von 3 Individuen an der Gefängnißmauer angebracht und angezündet, welche durch die Explosion theilweise zerstört wurde, während das Gefängnißgebäude unversehrt blieb.

Einer Depesche der „Times" aus Suez vom 11. Dez. zufolge waren die abessynischen Gefangenen in Magdalah am 28. Nov. wohl; drei Dörfer mit 12,000 Bewohnern haben den Expeditionstruppen Freundschaft angeboten; 4000 Mann egyptischer Truppen sind in Massowah eingetroffen.

London, 14. Dez. Die drei bei der gestrigen Explosion am Clerkenwell-Gefängnisse Gefangenen sind unter der Anklage des gemeinen Mordes heute vor das Polizeigericht gestellt worden. Nach kurzem Verhör wurde die Untersuchung vertagt. Die bei der Explosion Verletzten befinden sich besser.

London, 14. Dez. Die Frauenprozessionen in Leeds, Liverpool, Queenstown und anderen Orten sind verboten worden.

Ueberlandpost.

Aden, 6. Dez. Der Oberst Stavely und die letzte Scinde-Abtheilung der Scinde-Brigade kamen auf ihrem Weg nach Abessinien hier durch. Der große Wassermangel in der Annesley-Bay und die Krankheit unter Mauleseln und Pferden nimmt eine beunruhigende Ausdehnung an. Merewetter ging mit der Vorhut auf Senaffe vor.

Amerika.

London, 14. Dez. Mit der neuesten amerikanischen Post ist der Text der Botschaft des Präsidenten Johnson vom 3. d. M. hier eingetroffen. Aus dem Aktenstücke ist zur Ergänzung der bisherigen telegraphischen Meldungen noch Folgendes nachzutragen: Der Präsident konstatirt, daß die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu allen auswärtigen Mächten befriedigend seien. Mexico sei ernstlich bemüht, ein konstitutionelles System herzustellen. Amerika's Vermittlung sei zwar von Brasilien und Paraguay einerseits und Chile und Spanien andererseits anerkannt, jedoch noch nicht definitiv angenommen. Die Vermittlungsversuche sollen gelegentlich erneuert werden. Südamerika bedürfe vor Allem des Friedens. England werde die berechtigten Ansprüche Amerika's in der Alabama-Frage auf die Dauer gewiß nicht abweisen können.

Die Einverleibung vieler deutschen Kleinstaaten in Preußen und die Reorganisation Deutschlands unter einer neuen liberalen Verfassung habe den Präsidenten veranlaßt, ein rasches und gerechtes Arrangement in Betreff der Militärpflichtigkeit der naturalisirten amerikanischen Bürger anzusuchen. Der Präsident bittet den Kongreß, den Nationalwillen betreffs der nationalisirten Engländer unzweideutig auszusprechen.

Das an den afrikanischen Küsten zur Verhütung des Sklavenhandels stationirte Geschwader könne jetzt ohne Gefahr zurückgezogen werden.

Auf die Finanzfrage übergehend betonte der Präsident Johnson die Gefahren, welche in der enormen Summe von Papiergeld liegen, und empfiehlt baldigste Annahme der Metallwährung, die ohne Reduktion der Noten denkbar sei. Namentlich sei die gleichartige Abtragung der Schuld den heimischen und ausländischen Staatsgläubigern gegenüber geboten. Alles Papiergeld, das auf Beträge unter 20 Doll. laute, müßte nach Annahme der Metallwährung eingezogen und die Verbindlichkeiten des Staats nach allen Seiten hin strengstens eingehalten werden. Die Besteuerung solle ermäßigt werden. Der Effektivstand der Armee betroge noch das Dreifache gegen den gewöhnlichen Friedensstand. Das Marinebudget nehme 31,034,011 Doll. in Anspruch, doch sei durch Verkäufe von Schiffen die Summe von 60 Mill. Doll. erzielt worden.

Neu-York, 15. Dez. Kabeltelegramm. Eine Depesche des „Neu-York Herald" aus Havannah vom 12. meldet, daß Spanien den Vereinigten Staaten angetragen habe, Cuba und Portorico für 150 Mill. Doll. an dieselben zu verkaufen.

Lissabon, 14. Dez. Nach paraguitischen Quellen haben 6000 Paraguiten am 3. Nov. das Lager der Alliirten angegriffen. Ein General wurde verwundet und 270 Offiziere, sowie 3500 Mann der Alliirten wurden kampfunfähig gemacht. Die Paraguiten besetzten das Lager 3 Stunden lang und verbrannten Alles, was sie nicht mitnehmen konnten. Die Festungsgeschütze vernagelten sie und nahmen 300 Feldgeschütze, sowie 1500 Gefangene mit.

Aus brasilianischer Quelle wird dagegen gemeldet: Die Festung Humaiti ist zernirt; die brasilianischen Batterien dominiren den Fluß. Die Paraguiten haben das Lager von Tuyuti angegriffen, sind aber mit großen Verlusten zurückgedrängt worden.

Baden.

** Aus Baden, 16. Dez. Das plötzlich eingetretene Thauwetter und der andauernde Regen haben den Bächen und Flüssen des Schwarzwaldes große Wassermassen zugeführt, und es muß besorgt werden, daß die angeschwollenen Gewässer manchen Schaden anrichten werden. Die Bau- und Verwaltungsbehörden sind bemüht, die Vorsichtsmaßregeln zu treffen, welche durch die Umstände geboten scheinen. Aus Kehl wird von heute Vormittag 10 Uhr berichtet, daß die Kinzig und Rench nahezu ihren höchsten Wasserstand erreicht haben; die Kinzig hat viel Stammholz mitgerissen, dazu ein ca. 100 Fuß langes Floß. Das Aufsichtspersonal der Rheinufer und der Rheinbrücken ist hievon benachrichtigt. Von Offenburg (2½ Uhr Nachmittags) erfahren wir, daß das Hochwasser der Kinzig in der letzten Nacht den Bahndamm der Offenburg-Hausacher Strecke bei Gengenbach an 5 Stellen stark angegriffen hat. Die Erlenbach-Brücke bei Bieberach und die Klosterbach-Brücke bei Hausach waren in großer Gefahr. Durch tüchtiges Arbeiten wurden die bedrohten Stellen gehalten und der Verkehr ist heute ungehindert. Auch die Schramberger Route ist wieder frei.

Vermischte Nachrichten.

○ Stuttgart, 15. Dez. Bei der gestrigen letzten Verhandlung der Preßprozesse der preußischen Regierung gegen den Redakteur des „Beobachters", Karl Mayer, vor dem Gerichtshof zu Eßlingen ergab sich zum Schluß noch eine Szene von eigenthümlicher Wirkung. Der klägerische Anwalt hatte die Klage gegen Mayer mit allem Nachdruck, mit all der Energie aufrechterhalten, welche wir an dem Abgeordneten Wächter kennen. Plaidoyer, Replik und Duplik waren vorüber, da wurde noch zum Schluß, wie es das Prozeßverfahren vorschreibt, an den Beklagten die Frage gerichtet, ob er nichts mehr zu seiner Vertheidigung vorzubringen habe und ihm zu diesem Behuf das Wort ertheilt. Mayer breitete ein Kammerprotokoll vor sich aus und las aus demselben eine Rede des klägerischen Anwalts vom Jahr 1864 vor, worin der Abg. Wächter in öffentlicher Sitzung der Zweiten Kammer sich nicht minder starker Ausdrücke gegen Graf Bismarck und die preußische Regierung bedient hatte, als die sind, die er jetzt als klägerischer Anwalt dem Angeklagten zum Vorwurf und wegen deren er eine bedeutende Strafe gegen ihn in Antrag bringt. Die Verkündung des Urtheils ist auf morgen anberaumt und ist man allgemein auf das Ergebniß gespannt.

Bei wüstem stürmischem Wetter mit Regen ist heute die Rundfahrt der Abgeordneten und die Befahrung der Bahnstrecke Hall-Crailsheim unternommen worden, eine Witterung, welche für unsere morgige Weihnachtsmesse nur geringe Hoffnungen erweckt.

— München, 14. Dez. Se. Maj. der König hat unterm 11. d. den Direktor des k. k. Hof-Operntheaters in Wien, Ritter des Verdienstordens der bayrischen Krone ꝛc., Dr. v. Dingelstedt, in den erblichen Adelstand des Königsreichs erhoben.

— Hamburg, 14. Dez. Der von Seite des Senats der Bürgerschaft vorgelegte Vertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft stipulirt die Uebernahme von zehn Millionen Prioritätsobligationen zum Kurse von 95 Prozent, weßhalb für die Finanzdeputation die Ermächtigung zu einer Anleihe von 9½ Millionen Thalern nachgesucht wird. Die Uebernahme der Prioritätsobligationen erfolgt unter dem Vorbehalt, daß Hamburg sich das Antizipirungsrecht für fünf jährliche Termine wahrt und die Obligationen erst nach zehn Jahren von Hamburg wieder an den Markt gebracht werden dürfen.

— Bremen, 11. Dez. Der hiesige Protestantenverein hat gestern beschlossen, den allgemeinen deutschen Protestantentag für nächstes Jahr nach Bremen einzuladen.

— Die „Wien. Ztg." theilt in ihrem amtlichen Theil mit, daß die Berufung des Oberregisseurs des Hoftheaters zu Mannheim, A. Wolf, zum provisorischen Direktor des k. k. Hofburgtheaters vom Kaiser genehmigt worden sei.

* Rom, 14. Dez. Ein Dekret der Inder-Kongregation verurtheilt drei italienische, ein germanisches und drei französische Werke.

* In Antwerpen wurde — wie der Pariser „Moniteur" erzählt — ein Italiener verhaftet, der sich als Schiffskapitän ausgab, italienische Matrosen heuerte, und in dessen Wohnung man ein ganzes Arsenal von Dolchen, Revolvern, Orsini-Bomben und falschen Papieren fand.

— Petersburg, 14. Dez. Gegen die in Moskau erscheinende Zeitung „Moskwa", das Organ der schutzzöllnerischen und ultraslavistischen Partei, ist heute, nachdem dieselbe auf eine zweite Verwarnung eine herausfordernde Antwort ertheilt hatte, eine dritte Verwarnung und gleichzeitig eine viermonatliche Suspendirung ausgesprochen worden.

V Karlsruhe, 12. Dez. (Vorträge des Protestantenvereins.) Wie im vorigen, so hat auch in diesem Winter der Protestantenverein öffentliche, Jedermann zugängliche Vorträge veranstaltet. Dieselben nahmen gestern ihren Anfang durch Hrn. Professor Dr. Nippold aus Heidelberg, den bekannten Verfasser einer Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts, die nach Verfluß von kaum fünf Monaten eben in zweiter Auflage aufgelegt wird. Sein Vortrag galt dem Andenken des theuern Mannes, der gerade in Karlsruhe theils als Mitglied der Ersten Kammer, theils als außerordentliches Mitglied des Oberkirchenraths, und durch seine Reden in der Generalsynode, sowie durch öffentliche Vorträge einen großen Theil seiner schönen Wirksamkeit entfaltet hatte, — wir meinen den am 20. August d. J. verstorbenen Dr. Richard Rothe. In derselben edlen Form und mit demselben Geschick, mit welchem Hr. Nippold es in so reichem Maß in dem obgenannten Werk verstanden hat, kirchliche Erscheinungen in allgemein faßlicher und fesselnder Weise darzustellen, entfaltete er das reiche Lebensbild und den Entwicklungsgang dieses durch seine Frömmigkeit und sein Denken einzig in der theologischen Gegenwart dastehenden Mannes, und warf dann noch einen Blick auf seine fruchtbare Wirksamkeit und auf die letzten Augenblicke seines Lebens, denen er als Augenzeuge anwohnte. Ungeachtet an demselben Abend die Aufführung des Oratoriums „Elias" durch den Philharmonischen Verein festgesetzt war, hatte sich doch ein zahlreicher Zuhörerkreis eingefunden. Vor Beginn des Vortrags theilte ein Mitglied des Ausschusses mit, daß die protestantischen Flugblätter, welche der Verein herausgibt, mit Neujahr, statt um 36, um 18 Kreuzer zu beziehen sind. — Den nächsten Vortrag wird der in Heidelberg lebende holländische Professor Dr. Pierson halten über die sittliche Weltanschauung Shakespeare's.

Frankfurt, 16. Dez., 2 Uhr 26 Min. Nachmittags. Börse: Oesterr. Kreditaktien 179½, Staatsbahn-Aktien 226, National —, Steuerfreie 48 3/16, 1860r Loose 69, Oesterr. Valuta 98, Amerikaner 76½, Gold —, schwaches Geschäft.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 17. Dez. 4. Quartal. 140. Abonnementsvorstellung. **Hanns Heiling**; romantische Oper in 3 Akten und einem Vorspiel von Ed. Devrient; Musik von Marschner.

Theater in Baden.

Mittwoch 18. Dez. **Der Goldbauer**; Originalschauspiel in 4 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer.

Z.f.332. Keppenbach. Entfernten Freunden und Bekannten gebe ich tiefgebeugt die Nachricht, daß es Gott gefallen hat, meine theure Gattin, Mathilde, geb. Förster, letzten Mittwoch im 10. Monat unserer glücklichen Ehe schon wieder von mir abzurufen.

Keppenbach, den 14. Dezember 1867.

A. Häusser, Pfarrer.

Z.f.349. Nr. 7358. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Das großh. bad. Eisenbahn-Lotterieanlehen zu 14 Millionen Gulden gegen 35-fl.-Loose vom Jahr 1845 betr.

Die 88. Gewinnziehung obigen Lotterie-Anlehens, an welcher diejenigen 1000 Loosnummern Theil nehmen, welche in der Serienziehung vom 30. November d. J. dazu bestimmt worden sind, wird

Montag den 30. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr,

im Ständehaus dahier, unter Leitung einer großh. Kommission und in Gegenwart der Anlehensunternehmer öffentlich vorgenommen werden.

Karlsruhe, den 16. Dezember 1867.

Großh. bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.

Helm.

Jetzt vollständig.

Göthe's Werke Auswahl in 12 Bänden.

Taschenausgabe.

broschirt. 3 fl. 30 kr.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung in **Karlsruhe.** Z.f.341.

Zu Festgeschenken empfehlen

G. Braun'sche Hofbuchhandlung, **A. Bielefelds** Hofbuchhandlung und die Buchhandlung von **Th. Ulrici** in **Karlsruhe:**

Pharus am Meere des Lebens, 8te Auflage, in Prachtband 4 fl. 12 kr.

Grube's æsthetische Vorträge. 2 Bde. geh. 3 fl. 36 kr., eleg. geb. 4 fl. 12 kr.

Hübner's Handbuch f. Kaufleute.

Die Zolltarife aller Länder mit Angabe des Silberwerthes der verschiedenen Zoll-Währungen in Thalern und Gulden und mit Berechnung der fremden Maße und Gewichte von **Dr. O. Hübner.** 2te, sehr verm. Auflage. geh. 5 fl. 24 kr. Z.f.213.

Zu Festgeschenken empfohlen:

Album poétique illustré. Choix varié de poésies françaises. Par d'Oradour. 3 fl. 30 kr.

Das Buch denkwürdiger Frauen, Festgabe für Mütter und Töchter. Mignon Band. 4 fl. 12 kr.

Blüthen und Perlen deutscher Dichtung. Pracht-Ausgabe. 3 fl. 36 kr.

Fromme Minne. Ein Geschenk für Frauen und Jungfrauen. geb. 3 fl.

Pharus am Meere des Lebens. 2 Bde. sehr eleg. geb. à 4 fl. 3 kr.

Polko, Dichtergrüße. 3 fl. 36 kr.

A. Geßner'sche Buchhandlung in Karlsruhe. Z.f.316.

Steffens **Volkskalender für 1868,** mit Beiträgen der beliebtesten Schriftsteller, 8 Stahlst. u. 4 Holzsch. ist für 45 kr. vorräthig in **A. Bielefeld's Hofbuchhandlung.** Z.f.187.b.

Z.f.244. Karlsruhe. Das zum **Vortheil des bad. Frauenvereins** erschienene Erinnerungsblatt an

„Baden-Baden,"

eine photographische Ansicht dieser Stadt, mit Schrift, Blumen und Laubgewinden sinnig umgeben, — von hoher mildthätiger Hand komponirt, und in schönstem Farbendruck vervielfältigt, — ist zu beziehen durch die **Hofkunsthandlung von J. Velten** in **Karlsruhe.**

Preis per Exemplar 2 fl. 20 kr.

Die geehrten auswärtigen Besteller erhalten das Blatt franco und ohne Emballage-Berechnung gegen Nachnahme obigen Betrags.

Geschlechtskrankheiten,

Schwächezustände heilt gründlichst, brieflich und in meiner Heilanstalt **Dr. Rosenfeld,** Berlin, Leipzigerstraße 111. Z.d.134.

Z.f.174. Stuttgart.

Schöne Messiner Citronen

in gesunder und haltbarer Frucht,

bei Abnahme von 100 Stück à 4 fl. pr. 100 Stück,
" " " 200 — 300 Stück à 3 fl. 45 kr. pr. 100 Stück,
" " " 500 Stück à 3 fl. 30 kr. pr. 100 St.

Schöne Messiner und Nizza-Orangen

à 7 fl. und 7½ fl. pr. 100 Stück

ab Stuttgart pr. comptant bei

Schleich & Bauer.

Z.f 92. **Dr. Sampson's**

Coca-Pillen

in ihren 3 verschiedenen Präparationen.

Bewährteste Heilmittel gegen **Brust- und Lungenleiden** (I), **Unterleibskrankheiten** (II) und **Schwächezustände** (III) sind laut dessen Original-Broschüre **nur** zu beziehen aus der **Mohren-Apotheke in Mainz.** Die Broschüre gratis.

Z.f.350.

Meßkirch.

Am Donnerstag den 5. d. M. verließ uns Herr Oberamtmann **v. Stoesser,** um an seinen neuen Bestimmungsort Waldshut abzugehen.

Vielseitige Bildung, gepaart mit entschiedener Willenskraft und rastloser Thätigkeit, ließen diesen Beamten wie selten Jemand das angestrebte Ziel der Volkswohlfahrt erreichen.

Sprechende Beweise sind die von ihm ins Leben gerufenen gemeinnützigen Anstalten, die alle getragen von dem Gedanken der Selbstverwaltung und Selbsthilfe unter seiner kräftigen Leitung das geistige und materielle Wohl des Volkes sichtlich hoben. Der sie belebende Geist ließ sie kräftig wachsen und zur Blüthe kommen, so daß auch anfängliche Zweifel beseitigt und ihre Zukunft gesichert ist.

Das Vertrauen und die Liebe, die er sich durch sein strengrechtliches Verfahren in so hohem Grade bei seinen Amtsangehörigen erwarb, wird ihm — dessen sind wir versichert — in seinem neuen Wirkungskreis nicht entgehen.

Wir fühlen uns gedrungen, ihm auf diesem Wege nochmals unsern tiefgefühlten Dank und herzliches „Lebewohl" nachzurufen, mit der Ueberzeugung, dies im vollen Sinne der sämmtlichen Gemeinden des Amtsbezirks gethan zu haben.

Meßkirch, den 10. Dezember 1867.

Der Gemeinderath.
Ph. Joh. Kleiner.
Johann Hegele.
Xaver Fischer.
Anton Baur.
Heinrich Beck.

vdt. Kramer.

Anstalt z. Vorbereitung f. d. militärischen u. d. **Seemanns-Examen.** Pensionat. **v. Gleißenberg,** Oberst a. D., **Berlin,** Z.d.963. Neuenburgerstr. 15.

Z.f.342. Karlsruhe.

Camellia

für passende Weihnachtsgeschenke.

Schöne gesunde Pflanzen mit 10 — 20 Knospen, welche sofort aufblühen, empfehle eine, in den schönsten Sorten sehr große Auswahl, und erlasse solche von 2 — 3' Höhe 6 Stück von 6 — 9 — 12 fl.

Ficus elastica (Gummibäume) besitze ebenfalls großen Vorrath, und erlasse fehlerfreie Exemplare bis zu 3' Höhe per Stück 2 fl.

Die Verpackung wird auf das sorgfältigste ausgeführt.

J. E. Schmidt,
Pflanzen- und Samenhandlung.

Heinrich Fellmeth in Karlsruhe.
Weihnachts-Ausstellung.
Chocolade- und Bonbons-Fabrik.
Preislisten stehen zu Diensten. Z.f.306.

Z.f.347. Karlsruhe.

Die Apotheke zu Billigheim ist zu verkaufen und wird auf ein entsprechendes Angebot alsbald zugeschlagen. Näheres bei **C. Barbiche** zu **Karlsruhe.**

Z.f.320. **Die Gastwirthwirthschaft zum Prinz Max in Heidelberg,** verbunden mit dem **Restaurant** des **Bürger-Casinos,** ist sogleich zu verpachten.

Näheres bei Ritterwirth **Hormuth** daselbst.

Eine frequente Apotheke

in einer badischen Amts- und Bäderstadt ist unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Näheres bei den Herren Apothekern **Bissinger** in **Mannheim** und **Leiner** in **Konstanz.** Z.f.326.

Z.f.177. Stuttgart.

Aechte italienische Maronen

(italinische Kastanien)

in schönster großer und gesunder Frucht, bei Abnahme von Fäßchen à 2% à 13 fl. pr. Ztr. im Anbruch à 13¾ fl. pr. Ztr. offeriren

Schleich & Bauer,
Delikatessen-Handlung.

Daubholz. Z.f.334 Bei **Jakob Rausch** Wwe. in **Oestringen** ist eine Parthie von ca. 500 Stück 4' langes **Daubholz** billig abzugeben.

Baden-Baden.

Z.f.39. Ein vortrefflich unterhaltenes Wohnhaus in einer der belebtesten hiesigen Straßen, in welchem seit einer Reihe von Jahren ein Colonialwaaren- und Delikatessengeschäft betrieben wird, ist zu verkaufen. Einem tüchtigen Kaufmann mit einigen Mitteln bietet sich dadurch eine sehr günstige Gelegenheit. — Durch die Expedition dieser Zeitung Näheres zu erfragen.

Z.f.330. Mörsch.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Mörsch, Amts Ettlingen, läßt in ihrem Hardtwald den 19. und 20. Dezember 1867 390 Stück Eichen, 8 Forlen, 28 Loos Stumpenholz, welche sich zu Holländer-, Bau- und Nutzholz eignen, in der Stärke von 10 bis 134 Kubikfuß, öffentlich versteigern; wozu die Steigerungsliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Zusammenkunft an oben bestimmten Tagen Morgens 9 Uhr bei den Hardtbruchwiesen an der Durmersheimer Grenze stattfindet.

Mörsch, den 14. Dezember 1867.

Das Bürgermeisteramt.
Fitterer.
Kastner, Rathschreiber.

Einladung zum Abonnement.

Z.f.340. Nach freundlichem Uebereinkommen mit dem bisherigen Herrn Verleger **E. Kaufmann** in Lahr erscheint von Neujahr 1868 an bei dem Unterzeichneten in **Karlsruhe:**

Die Warte

Zeitung für Stadt und Land

wie bisher täglich (mit Ausnahme Montags). Des etwas erweiterten Formats ungeachtet bleibt der bisherige Bezugs-Preis halbjährlich 2 fl., vierteljährlich 1 fl. ohne Postzuschlag. Mit Postzuschlag und Bestellgebühr im Großherzogthum 2 fl. 51 kr. halbjährig; im deutsch-österr. Postverein 3 fl. 33 kr.

Die Warte will gegenüber den auflösenden und zerstörenden Richtungen in Staat und Kirche die besonnene und bauende Fortentwicklung auf geschichtlicher Grundlage, und wird in diesem Sinne vorzugsweise der Besprechung inländischer Fragen ihre Aufmerksamkeit widmen. In der deutschen Frage wird die Warte wie bisher für die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung wirken.

Karlsruhe, im Dezember 1867. **Friedrich Gutsch.**

Höchst empfehlenswerthes Festgeschenk!

Im Verlage von **W. Kitzinger** in **Stuttgart** ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Karlsruhe** durch die **G. Braun**'sche Hofbuchhandlung:

Alles mit Gott!

Evangelisches Gebetbuch für alle Morgen und Abende der Woche in vierfacher Abwechslung, für die Fest- und Feiertage, für Beichte und Kommunion, sowie für besondere Zeiten und Lagen, von **Luther, Musculus, Habermann, Arnd, Scriver, Lassenius, Spener, Neumann, Arnold, Franke, Schmolk, Stark, Cersteegen, Storr, Roos** und vielen anderen Gottesmännern

Sechzehnte verbesserte Auflage. 416 Seiten. Octavformat. Mit einem Stahlstiche.

In Umschlag broschirt Preis 48 kr.

Eleg. geb. mit Goldschnitt und Goldverzierung Preis 1 fl. 24 kr.

Prachtausgabe auf Velin in feinstem Kalblederband 2 fl. 42 kr.

Wenige Jahre sind seit dem ersten Erscheinen dieses vortrefflichen Buches verflossen. In dieser Zeit hat es sich in mehr als

86,000 Exemplaren

über alle Länder deutscher Zunge verbreitet und ist Vielen ein reicher, unerschöpflicher Quell wahren Trostes geworden. — Es enthält eine mannigfache Auswahl echt evangelischer Kerngebete für jede Zeit und jedes Verhältniß, wie solche in keinem andern Gebetbuche vereinigt sind, so daß in demselben jeder Gläubige Erbauung und Beruhigung in allen Wechselfällen des Lebens finden wird. — Die Verlagshandlung war bemüht, auch das Aeußere dieses Buches — dem gediegenen Inhalte desselben entsprechend — herzustellen, und ist es ihr gelungen, der neuen Auflage eine solch elegante Ausstattung zu geben, daß sie sich hauptsächlich auch zu **„Fest- und Kommuniongeschenken"** für jedes Alter und für alle Stände eignet. — Zugleich besteht der bisherige, überaus billige Preis fort. Z.f.216.

Empfehlenswerthes Weihnachts-Geschenk.

Bei uns ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Badische Sagenbilder

in Lied und Reim

von **Eduard Brauer.**

Zweite, vermehrte Ausgabe.

Preis broch. in Umschlag 1 fl. 24 kr., fein gebunden 1 fl. 54 kr.

Zu den früheren Dichtungen ist eine Reihe neuer hinzugekommen, als: Der Burggeist von Hohenkrähen; Albkönig; Die wilde Jagd im Schwarzwald; Ritter Theuringer von Staufenberg und die Melusine; Die Mähre vom Hündlein zu Bretten; Hebels Heimfahrt; Der Jäger aus Kurpfalz; Borberger Schnurren; Der Untergang der Wettenburg (bei Wertheim) u. s. w.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

Z.f.344. Karlsruhe.

Georg Oehler, Conditor,

Carl-Friedrichs-Straße Nr. 4,

zeigt hiermit seine aufs reichhaltigste ausgestattete

Weihnachts-Ausstellung

ergebenst an, und bitte, dieselbe mit gütigem Besuch zu beehren.

Z.f.328. Nr. 3889. Civil-Kammer. Freiburg. (Bekanntmachung.)

In Sachen
der Ehefrau des Felician Gutmann von Untermünsterthal, Theresia, geb. Dietsche, Kl.,
gegen
ihren Ehemann, Beklagten,
Vermögensabsonderung betr.

Anwalt **Dr. von Wänker** hat Namens der Klägerin gegen ihren flüchtigen Ehemann folgende Klage auf Vermögensabsonderung erhoben:

„Die Klägerin verehelichte sich mit dem Beklagten, nachdem ein Ehevertrag am 14. November 1859 abgeschlossen worden war.

Der Ehevertrag setzt unter den künftigen Eheleuten die Errungenschaftsgemeinschaft fest, und gibt das Vermögen der Brautleute dahin an:

a) die Klägerin hatte, nach Maßgabe der väterlichen Vermögensübergabe von 1859, das elterliche Hofgut um 4000 fl. und ein Leibgeding übernommen;

b) der Vater des Beklagten, Trudpert Gutmann, hatte seinem Sohne zur Ehesteuer 600 fl. baar versprochen, welche der Hochzeiter bei einer dereinstigen elterlichen Theilung oder Vermögensübergabe zur Gleichstellung seiner Geschwister einzuwerfen hat.

Von diesen 600 fl. sind nur 450 fl. bezahlt worden.

In Folge des am 23. September 1866 eingetretenen Todes der Mutter der klagenden Ehefrau wurde von dieser und ihrer Schwester Maria Dietsche unter Mitwirkung ihrer Ehemänner mit dem Vater laut öffentlicher Urkunde vom 14. Juni 1867 ein Theilungsvergleich abgeschlossen, inhaltlich dessen den beiden Schwestern als Erbinnen ihrer verstorbenen Mutter von dem Wittwer Trudpert Dietsche Forderungen zu Eigenthum und freier Verfügung, zu gleichen Theilen, im Gesammtbetrag von 2782 fl. 2 kr. abgetreten wurden.

Am 12. November d. J. cedirte der Beklagte den Antheil seiner Ehefrau an den ihr inhaltlich des genannten Erbvergleiches zustehenden Forderungen laut notarieller Urkunde an Theodor Grumbach in Breisach, und es hat sich der Beklagte hierauf in der ausgesprochenen Absicht, nach Amerika zu gehen, flüchtig gemacht, nachdem er einen Theil des eheweiblichen Vermögens — L.R.S. 1498 — veräußert hatte. Dadurch wurde seine Ehefrau in die Lage versetzt, für ihren und der Kinder Unterhalt selbst und allein zu sorgen, und in Folge des L.R.S. 1521 a alle nachkommenden Schulden zu bezahlen.

Die Klägerin stellt daher die Bitte, ihr Vermögen von dem des Beklagten für abgesondert zu erklären und den Letzteren in die Kosten zu verfällen."

Auf diese Klage wird Tagfahrt zur Verhandlung in öffentlicher Gerichtssitzung anberaumt auf

Montag den 20. Januar 1868, Morgens 8 Uhr,

wobei der Beklagte sich durch einen Anwalt hierauf vernehmen zu lassen hat, widrigenfalls ihm gegenüber die Thatsachen der Klage für zugestanden angenommen und etwaige Einreden dagegen für versäumt erklärt würden.

Hievon wird der flüchtige Beklagte mit der Auflage in Kenntniß gesetzt, längstens bis zu obiger Tagfahrt einen dahier wohnenden Gewalthaber aufzustellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie demselben eröffnet wären, an diesseitige Gerichtstafel angeschlagen werden würden.

Zugleich wird diese Verfügung auf die Vermögensabsonderungsklage zur Kenntnißnahme der Gläubiger des Felician Gutmann öffentlich bekannt gemacht.

Freiburg, den 30. November 1867.

Großh. Kreis- und Hofgericht.
v. Hennin.

v. Jagemann.

Z.c.570. Nr. 31,823. Pforzheim. (Fahndung und Aufforderung.) Der schon zweimal wegen Diebstahls bestrafte, etwa 17jährige Taglöhner Johann David Merkle von Schwann (königl. württemb. Oberamtsgerichts Neuenbürg) ist der Entwendung einer Buckskinhose und eines Filzhutes zum Nachtheil des Taglöhners Martin Schmitt von Eisingen, z. Z. hier, und damit des dritten gemeinen Diebstahls angeschuldigt, hat sich aber der Untersuchung durch die Flucht entzogen. Derselbe wird daher aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, widrigenfalls nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden.

Zugleich wiederholen wir die bereits in unserm Ausschreiben vom 25. v. Mts., Nr. 30,082 (Beil. Nr. 281 d. Bl. v. 28. v. M.) gestellte Bitte um Fahndung und Einlieferung desselben.

Pforzheim, den 14. Dezember 1867.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schember.

Z.f.325. Nr. 5592. Buchen. (Erledigte Stelle.) In Folge Finanzministerialerlasses vom 9. v. M., Nr. 6710, wird die erste Gehilfenstelle der Obereinnehmerei Buchen wiederholt zur Bewerbung ausgeschrieben. Im Steuer- und Amtskassenrechnungswesen erfahrene Assistenten oder Praktikanten werden eingeladen, sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse innerhalb 14 Tagen zu melden.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)